St. Bibl. Bethel

Ausgabe B

Auswärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: Bei der Post geholt oder durch Boten zugestellt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger einschließlich Bestellgeld 2.82 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 114. | Bielefeld-Bethel, Sonnabend, den 17. Mai 1919. | Jahrg. 1.

Kinder, die der Vater soll
Zieh'n zu allem Guten,
Die gedeihen selten wohl
Ohne Zucht und Ruten.

Paul Gerhardt.

Die Weltlage.

Von P. D. Jaeger.

IV.

Da begegnen wir nun in der deutschen Presse vielfach dem Gedanken — und zwar von den Deutsch-nationalen bis zu den Mehrheitssozialisten — wir müßten die Bedingungen ablehnen und wir müßten es darauf ankommen lassen. Denn — so rechnet man — siegt der Bolschewismus bei uns, dann greift er auch hinüber auf die Ententeländer, und wenn wir zugrunde gehen, dann gehen sie auch zugrunde. Das ist zunächst ein verzweifelter Vorschlag. Was nützt es mir, wenn die anderen kaput gehen, wenn ich auch kaput gehe. Die Voraussetzung ist der Sieg des Bolschewismus in Rußland und den Nachbarländern. Dort ist aber in der letzten Zeit die Sache sehr umgeschlagen. Die Rumänen und Serben unter französischer Führung, unter Führung der Generäle Berthelot und Mangin, haben die Ungarn vollkommen geschlagen. Sie sind augenblicklich von zwei Seiten auf dem Marsche nach Budapest und wie es heißt, ist dort die Rätteregierung schon gestürzt und durch eine demokratische ersetzt. Aber auch in Rußland steht die Sache sehr ernst für den Bolschewismus. In seiner letzten Schrift hat Trotzki gesagt, daß trotz seiner Erfolge, die der Bolschewismus im Süden Rußlands erfochten habe, seine Existenz bedroht sei und zwar durch das Vorrücken der sibirischen Heere der Entente. In Sibirien hat die Entente starke Heere aufgestellt unter der Führung des Admirals Coldshak. Diese Heere sind verstärkt durch Serben, Tschechen, Engländer, Franzosen und vor allem durch Japaner. Von dort aus wälzt sich augenblicklich ein Heer von einer halben Million heran. Es hat die Bolschewisten auf der ganzen Linie geschlagen, einige sogar vernichtet. Hand in Hand geht nun damit das Vordringen der rumänisch-ukrainischen Armee von Süden unter französischer Führung. Es ist ihnen gelungen, Kiew wieder zu erstürmen und das bolschewistische Heer zum größten Teil zur Kapitulation zu zwingen. Die Engländer haben ein neues, frisches Heer auf die Murmanküste geworfen und ein bolschewistisches Heer auch dort besiegt. Endlich ist ein aus Finnen und Esten zusammengesetztes Heer unter Führung von Judenitsch im Anmarsch auf Petersburg. Petersburg ist von den Bolschewisten zum größten Teil geräumt, nachdem es durch den Hunger ja fast vernichtet worden ist. In dieser furchtbaren Notlage hat Lenin sich zu einem weitgehenden inner- und außerpolitischen Einschwenken entschlossen. In der innern Politik hat er mit der ganzen bisherigen Praxis gebrochen. Er hat mit den Mehrheitssozialisten, den sog. Sozialrevolutionären und Menschewisten abgeschlossen. Dann hat er die kleinen Bauern in ihrem Privateigentum anerkannt. Endlich hat er in den Fabriken die Akkordarbeit wieder eingeführt, die Bezahlung der geistigen Arbeiter wieder hergestellt, weil er sagte: ohne das bringe ich die Produktion nicht wieder in Gang. Aber damit nicht genug, er hat Amerika den Frieden angeboten und eine amerikanische Kommission ist in Moskau eingetroffen, um darüber zu verhandeln. Sie stellte die Bedingung, daß Rußland zunächst alle seine auswärtigen Schulden wieder anerkenne — dadurch sollte namentlich Frankreich wieder geholfen werden — und die Bolschewisten haben sich dazu bereit erklärt. Sie stellt 2. die Bedingung, daß den Amerikanern ungeheure Konzessionen in Rußland ergeben werden müssen. Eine Eisenbahnlinie soll gebaut werden vom Ob bis zur Neva und das ganze nordrussische Waldgebiet, das einen Wert von 100 Milliarden darstellt, sollte einer amerikanischen Kompagnie zur Ausbeutung überlassen werden. D. h., der Bolschewismus hat in seinem Ursprungslande vor dem imperialistischen Kapital in weitgehendstem Maße die Waffen gestreckt. Dadurch sind die Aussichten für eine bolschewistische Entwicklung bei uns sehr viel geringer als früher. Wir haben Generalstreiks und Unruhen in Stuttgart, in Frankfurt a. Main, in Düsseldorf, in Magdeburg, in Braunschweig, in Dresden und am stärksten in München und ganz Oberbayern gehabt. Dann den großen Streik im Ruhrgebiet. Dieser Streik ist zusammengebrochen, nachdem er großen Schaden an unseren Bergwerken angerichtet hat und uns einen ungeheuren Ausfall an Kohle und Arbeitsfähigkeit in der Industrie, auch in anderen Betrieben, gebracht hat. Die Erhebung in München ist jetzt niedergeworfen und der Konflikt in Bayern hat eine sehr merkwürdige Tatsache uns offenbart. Die mehrheitssozialistische Regierung Hoffmann in Bamberg sah sich außerstande, den spartakistischen Aufruhr in München niederzuschlagen und der Präsident Hoffmann, der ein sehr starker Kulturkämpfer war, wie sein Namensvetter in Berlin, mußte sich zu einem Bittgang zu dem Erzbischof Hauck entschließen und ihn bitten, daß die Bauernbevölkerung von den Kanzeln mobilisiert werde. Erst mit deren Hilfe ist es gelungen, den Aufstand niederzuschlagen. Das bedeutet aber, daß die Macht in Bayern aus sozialistischen Händen in die des Zentrums übergeht. Wir stehen überhaupt vor starken Verschiebungen unserer ganzen inneren Lage. Wir sehen das nicht nur an dem Auftreten des Zentrumsteils unserer Regierung, sondern auch an dem wachsenden Einfluß des demokratischen Teils. Wenn jetzt die Finanzangelegenheiten in die Hände Dernburgs übergegangen sind, und wenn der auch gleichzeitig Vizeministerpräsident in Preußen geworden ist, so bedeutet das eine ungeheure Zunahme der Macht des Großkapitals auf unsere gegenwärtige Regierung. Bei dieser innerpolitischen — und was Rußland angeht außerpolitischen — Lage, ist aber die Möglichkeit, einen Entente-Frieden abzulehnen, außerordentlich gering.

Wir wollen aber annehmen, die Regierung sei entschlossen, ihn abzulehnen, was würde die Entente dann tun? Sie hat mit dreierlei gedroht. Diese Drohungen sind von verschiedenem Wert. Zuerst haben die Franzosen gedroht: Dann besetzen wir einen wesentlichen Teil von Deutschland, nämlich das Industriegebiet. Ob diese Drohung ausführbar ist, ist am meisten zu bezweifeln, weil die französische Armee entschlossen verlangt, nach Hause zu gehen. Sie ist nur durchführbar, wenn die Engländer und Amerikaner mithelfen. Die zweite Drohung ist die der Engländer: Dann besetzen wir sämtliche deutsche Häfen. Und ich glaube, das ist eine Drohung, die durchgeführt werden würde. Weitaus am gefährlichsten ist die amerikanische Drohung: Dann schneiden wir die Lebensmittel ab. Dagegen haben wir keine Waffe und angesichts dieser ganz nüchternen Sachlage erscheint es zweifelhaft, daß irgendeine deutsche Regierung, ob die gegenwärtige oder irgendeine andere, ob die Nationalversammlung oder die Volksabstimmung, es wagen würde, den Frieden abzulehnen. Was können wir denn tun? Dasselbe, was die russische Regierung seinerzeit getan hat im Frieden von Brest Litowsk, daß wir den Frieden, soweit wir ihn nicht durch Verhandlungen ändern können —und ob wir verhandeln können, ist noch zweifelhaft — daß wir den Frieden, so weit wir ihn nicht ändern können, unterzeichnen, daß wir ihn aber mit Protest unterzeichnen, daß wir erklären: Wir unterzeichnen nur der Gewalt weichend, ohne innerlich zuzustimmen. Dadurch wahren wir uns das moralische Recht, ihn auch unter anderen Umständen zu kündigen, gerade wie die russische Regierung nach Ausbruch der Revolution in Deutschland ihn sofort gekündigt hat. Dann sind wir in der Lage, abzuwarten, wie die innere Entwicklung in Frankreich und England verläuft und ob da nicht, höchst wahrscheinlich kein Bolschewismus, aber so starke innere Verschiebungen stattfinden, daß wir in der Lage sind, eine Revision des Friedens durchzusetzen. Aber auch wenn wir diesen für uns günstigen Fall des Friedens annehmen, ist ein Neuaufkommen Deutschlands nur unter einer einzigen Bedingung möglich, nämlich der allerangespanntesten Arbeit. Wir müssen nicht weniger arbeiten, als vor dem Kriege, sondern mehr. Und wir können nicht höher bezahlt werden, sondern nur geringer. Das ist eine sehr unangenehme Wahrheit; aber es ist eine gar nicht zu bestreitende Wahrheit. Dann werden fast alle sagen: so können wir nicht existieren. So können wir wohl existieren, sobald durch unsere Arbeit unser Geld wieder mehr wert wird, und sobald wir durch unsere Arbeit erreichen, daß die Lebensmittel und andere Bedürfnisse billiger werden. Was nützt es mir, wenn ich am Tage 17 Mark verdiene und kann dafür nicht soviel kaufen, wie früher für 6 Mark. Ich bin ja zufrieden, wenn ich nur 6 Mark bekomme, wenn ich dafür mehr kaufen kann. Denn alles, was wir jetzt erhalten, sind Scheine, bedrucktes Papier. Das wird auch im Auslande nicht als Gold angesehen. Wie sollen wir nur wieder hochkommen? Ein Abgeordneter der Nationalversammlung sagte: Er sähe nur einen einzige Ausweg, daß wir wieder hochkommen. 1. starke militärische Besetzung des Ruhrgebietes zum Schutz der Arbeitswilligen. Ein großer Teil der Arbeiterschaft, ja der größte Teil, ist arbeitswillig. Er arbeitet aber ganz einfach nicht aus Angst. Wenn ich in den Schacht gehen soll als Vater von 5 Kindern und sehe, man schneidet das Seil ab, dann gehe ich natürlich nicht herunter. Wenn ich aber weiß, der Schacht bleibt sicher, gehe ich hinunter und arbeite. Das ist eine sehr wichtige Maßregel. Die zweite Maßregel ist eine ordentliche Belieferung dieses Gebietes mit Lebensmitteln und Schutz der Lebensmittel wieder durch die bewaffnete Macht, daß sie nicht geplündert werden von denen, die nichts tun, sondern die willigen Arbeiter sie bekommen. Es ist vorgeschlagen worden, einen Mann nach seiner Arbeit zu bezahlen, nicht mit Papier, sondern mit Speck das heißt, daß die Fettzulagen der Arbeit entsprechend erhöht werden sollen. Das ist noch gar kein so übler Vorschlag. Sehr stark zur Arbeit treiben im Ruhrgebiet die Frauen. Sie sagen: was soll uns ein politischer Streik? Wir wollen was in den Kochtopf haben. Sobald die Kohlenproduktion wieder funktioniert, funktioniert unser ganzes industrielles Leben wieder, soweit wir Rohstoffe haben. Wie abhängig wir von der Kohle sind, das ist uns jetzt doch sehr deutlich gemacht. — Man kann natürlich auf die Dauer nicht nur durch Gewaltmaßregeln die wirtschaftliche Maschine im Gang halten, sondern es ist von der allergrößten Bedeutung, daß die Arbeiterorganisationen — ich denke hier an die Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen — entschlossen zusammenarbeiten, in der Erkenntnis, daß wir ohne eine angestrengte Arbeit alle zugrunde gehen und nicht zum wenigsten auch gerade die Arbeiter.

Wenn wir uns fragen, wie kommt man zu einer solchen Stimmung, wie man sie jetzt aus dem eigenen Revier hören kann: Ach was, es ist alles gleich; wenn wir verhungern, dann sollen die Reichen mit verhungern. Sie rechnen gar nicht mehr mit einer anderen Möglichkeit als des Verhungerns. Der Glaube, daß es besser werden könnte auch in materieller Hinsicht ist verschwunden. Das kommt durch die tiefe leibliche und seelische Erschöpfung unseres ganzen Volkes. Ich glaube, die Mediziner haben vollkommen recht, wenn sie sagen, unser Volk ist ganz einfach krank, es ist leiblich krank und seelisch krank, und es ist tief moralisch und religiös krank und wenn auf diesem letzteren Gebiete nicht auch eingesetzt wird, und wenn wir nicht von innen heraus wieder zum alten Glauben und zur alten Treue und Ehrlichkeit, zum alten Fleiß und zur alten Gewissenhaftigkeit und Pflichttreue, die uns groß gemacht hat, die alle Stände groß gemacht hat, zurückkehren, dann ist allerdings ein Wiederaufstieg des deutschen Volkes nicht möglich. Aber diese Hoffnung geben wir nicht auf.

(Schluß.)

Deutschland soll verhungern!

Versailles, 9. Mai. Die laut Friedensvertrag von Deutschland zu leistenden Viehlieferungen belaufen sich im einzelnen folgendermaßen:

1. An die französische Regierung:
   - 500 Zuchthengste von 3 bis 7 Jahren,
   - 30 000 Stutenfüllen und Stuten von 18 Monaten bis 7 Jahren von ardennischer, boulonaiser und belgischer Rasse,
   - 2 000 Stiere von 18 Monaten bis 3 Jahren,
   - 90 000 Milchkühe von 2 bis 6 Jahren,
   - 1 000 Böcke,
   - 100 000 Schafe und
   - 10 000 Ziegen.
2. An die belgische Regierung:
   - 200 Zuchthengste von 3 bis 7 Jahren,
   - 5 000 Stuten von 3 bis 7 Jahren,

5 000 Stutenfüllen von 18 Monaten bis 3 Jahren, sämtlich schwere belgische Rasse,
2 000 Stiere von 18 Monaten bis 2 Jahren,
50 000 Milchkühe von 2 bis 6 Jahren,
40 000 Köpfe Jungrind,
200 Böcke,
20 000 Schafe und
15 000 Mutterschweine.

Die abgelieferten Tiere müssen von normaler Gesundheit und Verfassung sein. Falls die gelieferten Tiere nicht als verschleppte oder beschlagnahmte identifiziert werden können, wird ihr Wert Deutschland kreditiert werden.

Wiederholt schon wurde darauf hingewiesen, daß jede Abtrennung ostmärkischer Landgebiete vom Deutschen Reich für unsere Volksernährung von den schlimmsten Folgen sein müßte. Schon die Loslösung des von den Polen bisher besetzten Teiles der Provinz Posen würde für das deutsche Volk einen Ausfall an Lebensmitteln bringen, den es bei seinem augenblicklichen Ernährungszustande und den Schwierigkeiten, die sich einer Versorgung vom Auslande entgegenstellen, nicht ohne schwerste Hungersgefahr ertragen werden kann. Die Forderung, nicht nur fast die ganze Provinz Posen, sondern auch noch den größeren Teil von Westpreußen und namhafte Stücke anderer Ostprovinzen an Polen abzutreten, ist auch unter diesem Gesichtspunkte geradezu ungeheuerlich. Wie wir früher schon mitteilten, umfassen die Provinzen Posen und Westpreußen noch nicht 6 Prozent unserer bisherigen Bevölkerung, während sie annähernd 15 Prozent von unserem Brotgetreide, 14 Prozent unserer Gerste, mehr als 16 Prozent unserer Kartoffeln und über 19 Prozent unseres Zuckers produzieren; mit anderen Worten: durch die geforderten Landabtretungen im Osten würde Deutschland seines größten Überschußgebietes beraubt werden, das fast allein Groß-Berlin, aber auch andere deutsche Großstädte mit Brot, Kartoffeln, Vieh und Zucker versorgt. Schon diese territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages zeigen also die deutliche Absicht, das deutsche Volk auch für weitere Zukunft dem Hunger auszuliefern und auf Gnade und Ungnade den Ländern zu unterwerfen, aus denen es die zu seiner Ernährung notwendigen Lebensmittel beziehen müßte.

Wie die obige Meldung zeigt, will sich die Entente damit aber nicht begnügen, sondern fordert von Deutschland außerdem noch die Auslieferung großer Mengen von Rindvieh und Pferden, Schweinen, Schafen und Ziegen! Da unsere Feinde genau wissen, daß das deutsche Volk am Verhungern ist, und zwar vor allem deshalb, weil es an Fleisch, Fett und Milch bittersten Mangel leidet, ist kein Ausdruck auch nur annähernd stark genug, um die sadistische Grausamkeit und niederträchtige Schamlosigkeit dieser Forderungen zu kennzeichnen. Während schon viele Hunderttausende von deutschen Kindern und Frauen, Greisen und Kranken an Unterernährung zugrunde gegangen sind und jeder Tag viele Tausende neuer Hungeropfer fordert, sollen wir noch 180 000 Stück Rindvieh und große Massen von Mutterschweinen, Schafen und Ziegen nach Belgien und Frankreich liefern, wo, gemessen an den deutschen Verhältnissen, Überfluß an Nahrungsmitteln besteht, jedenfalls keinerlei Mangel herrscht; und während tausende deutscher Kinder täglich aus Mangel an Milch zugrunde gehen und der Milchmangel das ganze gegenwärtige Geschlecht der in den Städten und Industriebezirken aufgewachsenen deutschen Kinder für ihr Leben schwächt und schädigt, sollen unter den abzuliefernden Kühen 140 000 Milchkühe sein und dem seit langem ziegenarmen Deutschland noch 10 000 Ziegen genommen werden, denen eine vielfache Anzahl von deutschen Kindern die Rettung vor Verkümmerung dankt! Der Kindermord des Herodes war wirklich ein „Kinderspiel" gegenüber der **unerhörten Schändlichkeit** dieser Forderung!

An die christlich-nationalen Arbeiter und Angestellten Deutschlands!

Kameraden! Die Feinde haben den Vertretern des deutschen Volkes Friedensvorschläge unterbreitet, deren Inhalt Zerrüttung und Niederbruch des deutschen Volkslebens und dauernde Versklavung der deutschen Arbeit vorsieht. Gegen diese Ungeheuerlichkeit, die in der Geschichte der Völker ihresgleichen sucht, rufen wir Euch auf!

Im Vertrauen auf bestimmte Vorschläge Wilsons, die einen Frieden des Rechts und der Billigkeit verhießen, hat das deutsche Volk die Waffen endgültig niedergelegt. Der Feind hat den Waffenstillstand benutzt zu einer Fortsetzung des grausamen Hungerkrieges. Schwerste Opfer forderte er. Die besetzten Gebiete mußten schmachvolle Bedrückungen und Quälereien auf sich nehmen. All das wird in den Schatten gestellt durch die Maßlosigkeit, Brutalität und Grausamkeit der Bestimmungen des Friedensvorschlages.

In Ost und West soll unser Volkskörper verstümmelt werden. Kerndeutsche Gebiete will man losreißen. Unser einst so blühendes Industrie- und Gewerbeleben wird ins Mark getroffen. Auf Kohle und Eisen beruhte die deutsche Wirtschaft. Nun sollen wir verlieren das lothringische Erzgebiet, die Kohle Oberschlesiens und des Saarbeckens, und von dem uns verbleibenden Ruhrrevier sollen wir jährlich noch 40 Millionen Tonnen dem Feind übergeben. Niemals mehr würde sich unsere Industrie von diesem Schlag erholen; Millionen von uns müßten außer Landes gehen oder in der Heimat ein klägliches Dasein fristen.

Der in allen Einzelheiten raffiniert ausgeklügelte Vernichtungsplan des Feindes sieht in zahllosen Bestimmungen Belastungen und Bedrückungen unfaßbarer Art vor. Alle unsere finanziellen Mittel, die Früchte unserer Arbeit, sollen zuerst dem Feind zur Verfügung stehen. Nicht einmal das geheiligte Recht der Versorgung unserer Kriegsbeschädigten, Witwen und Waisen soll uns verbleiben, ehe nicht der letzte Geschädigte des Feindes befriedigt ist.

So soll ein Volk von 68 Millionen Menschen einer verwilderten Rachsucht und der zügellosen Raffgier des fremden Kapitalismus geopfert und ihm tributpflichtig gemacht werden. Lohnsklaven wären wir, unsere Kinder und Kindeskinder.

Kameraden! Niemals werden wir uns solchem Schicksale beugen und gellend rufen wir es den fremden Kapitalisten zu: Nimmermehr lassen wir uns versklaven.

Wir appellieren an das Gewissen der Welt, das so Ungeheures nicht geschehen lassen kann.

Wir appellieren an Euch Arbeiter aller Länder! Ihr mögt bedenken, was Ihr der Lohnarbeiterklasse insgesamt schuldig seid. Laßt Ihr solches Verbrechen an uns geschehen, es wird sich an Eurem eigenen Fleisch und Blut rächen.

In dieser Stunde höchster und schmerzvollster Entscheidung stellen wir uns mit dem ganzen deutschen Volk einmütig hinter die Reichsregierung. Und mit ihr rufen wir in Stadt und Land:

Dieser Friede ist unmöglich!

Nur ein Friede des Rechts und der Gerechtigkeit wird die Menschheit aus der Tiefe des Völkerhasses und Blutvergießens zu den Höhen friedlicher Verständigung hinaufführen können.

Berlin, den 12. Mai 1919.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Zur Friedensfrage.

Die vorgeschlagene Arbeiterkonferenz in Versailles abgelehnt.

Die Antwort der Entente auf die deutsche Note über das internationale Arbeiterrecht ist am Mittwoch abend der deutschen Delegation zugegangen. Clemenceau bediente sich in der Antwortnote sehr vorsichtiger Worte, um die Stimmung der Arbeiterschaft, die der Entente heute am Herzen liegt, zu schonen, aber sie bedeutet doch eine vorläufige Ablehnung nicht bloß des deutschen Vorschlages, sondern auch der wirklichen Forderungen der Weltarbeiterschaft, die von der Berner Konferenz formuliert worden sind und auf Antrag der deutschen Gewerkschaften in den deutschen Vorschlag übernommen wurden. Vor allen Dingen wird die geforderte Einberufung einer Arbeiter-Friedenskonferenz parallel und gleichzeitig mit der Diplomatenkonferenz in Versailles abgelehnt.

Wie in der Antwortnote mitgeteilt wird, soll im nächsten Oktober eine internationale Arbeiterkonferenz nach Washington berufen werden, die die wichtigsten Fragen, die auf der Gewerkschaftskonferenz in Bern verhandelt wurden, erörtern wird. Die alliierten Regierungen sind der Meinung, daß die Sorgen der deutschen Delegation hinsichtlich der gerechten Behandlung der Arbeiterfragen unberechtigt sind.

Wie überhaupt in jeder Ententeantwort, so wird auch hier betont, daß die alleinige Entscheidung die Regierung trifft und daß den Arbeitern kein Mitbestimmungsrecht zugestanden wird. Im übrigen wird an den einzelnen Punkten des deutschen Vorschlages in der Weise vorbeigegangen, daß behauptet wird, die alten Anregungen seien nicht weiter oder nicht einmal so weit gegangen, wie das Ententeprogramm eines internationalen Arbeiterrechts.

„Entwurf" und „Text".

In der Antwort Clemenceaus auf die deutsche Arbeiterrechts-Note befindet sich eine sehr interessante Stelle. Es wird dort zum ersten Male von einem „Entwurf" der Friedensbedingungen gesprochen, während es bisher immer nur „Text" der Friedensbedingungen hieß. Damit ist zum ersten Male die Abänderlichkeit des vorgelegten Friedenstextes von der Entente anerkannt.

Beratungen des Friedensvertrages im Kabinettsrat.

Der Kabinettsrat beschäftigte sich am Mittwoch insbesondere mit den territorialen Fragen des Friedensvertrages. Zu den Gerüchten, wonach innerhalb des Kabinetts Schwierigkeiten beständen über die Annahme oder Ablehnung der Friedensbedingungen, läßt die Regierung erklären, daß in ihr völlige Uebereinstimmung in der Ablehnung bestehe. — Der Viererrat errichtete 13 Unterausschüsse, die aus je einem Mitglied für jede der fünf Großmächte bestehen, um die Einwände der Deutschen gegen den Friedensvertrag zu beraten.

Die bevorstehenden neuen Noten der deutschen Friedensdelegation.

Aus Versailles wird gemeldet, daß die deutsche Friedensdelegation an weiteren Noten arbeitet, die sämtliche Punkte des Friedensvertrages berühren. Die nächste Note dürfte von Elsaß-Lothringen sowie den östlichen Gebietsfragen handeln. Außerdem ist in Vorbereitung eine Note über die Frage der Kohlen- und Eisenindustrie und über die Erzbeschaffung.

Die Entente und die Protestkundgebungen.

Die Pariser Presse versucht alles Mögliche, um die deutschen Protestkundgebungen gegen den uns zugemuteten Gewaltfrieden abzuschwächen; doch es will ihr nur schlecht gelingen, zumal im eigenen Lager

---

Silvio Gesell.

Während Bayern ein Rätefreistaat war, stand an der Spitze seiner Geldwirtschaft ein Mann namens Silvio Gesell, der von vielen bürgerlichen Blättern als ein Verrückter hingestellt, von seinen Freunden, nicht bloß sozialistischen, als ein zweiter Lykurg gefeiert wird. Er scheint danach zu verdienen, daß man sich mit ihm beschäftigt. Geboren am Niederrhein, kommt er als blutjunger Mensch nach Spanien. Hier muß er das von den Bauern an eine Zuckerfabrik abzuliefernde Zuckerrohr abwiegen. Er gerät in große Versuchung, indem die Bauern versuchen, ihn zum Betruge zu verleiten, was ihnen bei den früheren Wägemeistern gelungen war. Bei Silvio Gesell versuchen sie ihre Künste vergeblich. Später geht er nach Argentinien, wird in der Hauptstadt Buenos Aires ein erfolgreicher Kaufmann und kehrt noch in guten Jahren mit dem Erworbenen nach Europa zurück.

In Südamerika hat er Gelegenheit gehabt, die höchst sonderbaren Vorgänge im dortigen Geldwesen aufmerksam zu verfolgen und eine Entdeckung gemacht, auf die er den Plan einer ganz neuen Geldwirtschaft aufbaute. Von einem seiner Anhänger, Georg Hammer, wird dieser Plan in der Zeitschrift eines christlichen Studentenbundes, des Wingolf, in Kürze so dargestellt: Damit der Geldbesitzer auf dem Markte nie im Vorteil gegenüber dem Warenbesitzer sei, darf auch das Geld nicht „wertbeständig" sein wie die Ware, die verdirbt oder wenigstens durch Lagerspesen Verluste bringt, wenn sie nicht rechtzeitig an den Käufer kommt. Das neue, von Gesell erdachte Geld, genannt „Freigeld", besteht aus Noten, die mit jeder Woche um 1 , also jährlich um 5,2 % ihres Wertes abnehmen. Das ist das ganze Geheimnis. Aber die Wirkung auf die Volkswirtschaft ist verblüffend.

Dieses Geld wird zunächst einmal ganz sicher von niemand gehamstert werden. Denn der Hamsterer würde an solchem Geld jährlich 5,2 % verlieren. Im Gegenteil: jeder, der Geld einnimmt, sieht sich gedrängt, dieses Geld recht bald wieder loszuwerden. Es gibt hierzu zwei Möglichkeiten:

1. er kann das Geld für Käufe oder für Löhne ausgeben,
2. er kann das Geld ausleihen.

Das Freigeld hat also zwei Eigenschaften: Es vermehrt die Nachfrage nach Waren und Arbeitskräften, sichert also den Warenabsatz und schafft Arbeitsgelegenheit. Durch Sicherung des Warenabsatzes verhindert es die verderblichen allgemeinen Wirtschaftskrisen, die ja stets auf Arbeitsstockung beruhen. Und durch die vermehrte Nachfrage nach Arbeitskräften steigert es das Einkommen der Arbeitenden.

Zweitens vermehrt das Freigeld das Angebot von Leihgeld und senkt dadurch den Zinsfuß. Denn je mehr das Angebot von Leihgeld von seiten der Gläubiger zunimmt, desto größere Auswahl haben die Schuldner, umso weniger Zins werden sie bieten müssen. Und das letzte, bisher unfehlbare Mittel, um den Zins zu erpressen, haben die Gläubiger nicht mehr. Früher konnten sie dem Schuldner sagen: „Unser Geld ist wertbeständig. Wenn wir es in unseren Kassenschränken verschließen, dann gibt es eine allgemeine Wirtschaftskrisis, und du wirst bankerott. Möchtest du das? Oder willst du nicht lieber Zins zahlen?" Und der Schuldner wollte natürlich lieber Zins zahlen, als in den wirtschaftlichen Zusammenbruch getrieben werden.

Einen alltäglichen Einwand gegen das Freigeld will ich gleich vorwegnehmen: „Banknoten, die nicht durch wertbeständiges Geld (Gold) gedeckt sind, führen zu der übel berüchtigten Assignatenwirtschaft, die ein Ende mit Schrecken nimmt." Dieser Einwand wäre berechtigt, wenn nicht das Freigeld auf der unbedingten Währung begründet wäre. Unbedingte Währung heißt: Die Staatsbank hat in bestimmten Zeitabständen eine Warenpreisstatistik zu veröffentlichen. Zeigt es sich, daß der allgemeine Preisstand (Durchschnittspreis sämtlicher Waren) steigen will, so ist die Menge des umlaufenden Geldes zu vermindern. Im umgekehrten Falle ist die Menge des umlaufenden Geldes zu vermehren. (Die preissteigernde Wirkung der vermehrten Notenausgabe haben wir alle am eigenen Geldbeutel während dieses Krieges auf das schmerzlichste erfahren. Wenn im Kriege weniger Waren erzeugt und umgesetzt werden als im Frieden, so bedarf es hierfür weniger Geld. Die Reichsbank hat aber die Noten nicht vermindert, sondern von 2 auf 12 Milliarden vermehrt. Rödern und Hertling haben im Reichstage die Verkehrtheit dieser Politik unumwunden zugegeben.) Damit wird der allgemeine Preisstand auf einer festen Höhe gehalten, ein in der ganzen Geschichte der Geldwirtschaft noch nie dagewesener Zustand. Wir haben also ganz sicher keine „Assignatenwirtschaft", denn dabei ging der allgemeine Preisstand andauernd in die Höhe, bis schließlich 1 Pfund Talglichter 1000 Livres kostete.

Da aber, dank dem Schwundsatz von 5,2 % eine selbsttätige Verminderung des umlaufenden Geldes vor sich geht, da gleichzeitig, dank der Sicherung des Absatzes, alle Warenerzeugung begünstigt wird, hat der allgemeine Preisstand zunächst Neigung zum stetigen Sinken. Deshalb wird die Staatsbank in der Regel bestrebt sein müssen, das umlaufende Geld nicht zu vermindern, sondern zu vermehren. Dies geschieht, indem sie ihren Zinsfuß heruntersetzt, so daß mehr Unternehmer sich entschließen, Leihgeld zu erheben.

Was aber ein dauerndes Sinken des Zinsfußes für die ganze Volkswirtschaft bedeutet, davon haben manche Leser wohl nicht den richtigen Begriff. Vielleicht ahnen die Dorfpfarrer, welcher unsägliche Druck von all den ungezählten Schuldenbauern genommen wird, wenn sie für ihre jährlichen Hypothekenzinsen nicht mehr die Hälfte, sondern nur noch ein Viertel oder noch weniger von ihrem Arbeitsertrag opfern müssen. Oder der Lehrer, der Anwalt und der Arzt, die ja auch mit dem kleinen Volk in nahe Berührung kommen, mögen es erfassen, was es für diese Kleinen bedeutet, wenn sie bei sinkendem Zinsfuß mit der gleichen jährlichen Zinsensumme eine bessere Einrichtung verzinsen, besser bezahlte Arbeitskräfte einstellen, eine lichtere und geräumigere Werkstatt mieten können!

Im Zinsproblem steckt der Schlüssel zur Burg des Kapitalismus. Die Ursache des kapitalistischen Elendes ist die Verschuldung der Arbeitenden an die Besitzenden. Und daran ändert weder Rathenau's Gemeinwirtschaft, noch Berthold Otto's Rechenwirtschaft auch nur ein Jota. Die Kapitalisten werden Rathenau und Otto entweder zujubeln oder sie scheinbar bekämpfen, weil beides geeignet ist, deren Gedanken zu verbreiten. Rathenau und Otto sind eben dem Kapitalismus unschädlich. Gesell aber wird man nach Möglichkeit totschweigen, denn das ist die einzige Möglichkeit, sich seiner zu erwehren.

Ich möchte nicht mißverstanden sein: ich sage nicht, daß Rathenau, Otto und ihre Gesinnungsgenossen uns bewußt irreführen. Aber für die irreführende Wirkung ihrer

immer mehr Stimmen gegen den Versailler Frieden laut werden. Das internationale sozialistische Komitee in Paris, das sich zum großen Teil aus Ententesozialisten zusammensetzt, hat ein Manifest fertiggestellt, das sich gegen den imperialistischen Friedensvertrag wendet. Darin wird die deutsche Regierung angespornt, gegenüber den maßlosen Forderungen der Entente-Imperialisten eine entschlossene Haltung einzunehmen. Nach späteren aus Paris eingetroffenen Meldungen ist dieses Manifest inzwischen in der gesamten französischen Presse mit Einschluß der konservativen Blätter erschienen.

Aeußerst unbequem sind der Entente auch die erneuten italienischen Proteste gegen den Versailler Vertrag. Die „Stampa" sagt, daß selbst die bisher deutschfeindlichsten italienischen Blätter den blinden Haß der Franzosen verurteilen, der unfehlbar die dereinstige Wiedererhebung des so grausam gedemütigten Deutschlands hervorrufen werde.

Dieser Friede — eine Höllenmaschine.

Der „Corriere della Sera" richtet in fast flehendem Tone an Frankreich die Bitte, die italienfeindlichen Friedensbedingungen nicht zu unterstützen und ersucht Clemenceau, die allgemein überspannten Friedensbedingungen aufzuheben. Dieser Friede sei eine Höllenmaschine, die zu einer kolossalen Katastrophe führen müsse. Es sei verständlich, daß Italien dem Frieden nicht zujubeln könne, der die Hegemonie Frankreichs in Europa bedeute.

Eine völlige Ueberraschung in Amerika.

Nicht nur wir Deutsche, sondern auch viele unserer Feinde waren auf eine solche Tragweite des Versailler Vertrages nicht gefaßt. So sind nach einer New-Yorker Meldung die Friedensbedingungen als eine völlige Ueberraschung in Amerika eingetroffen. Man begreift noch immer nicht, daß die industriellen Bedingungen so drakonisch sind, daß Millionen Deutsche werden auswandern müssen, weil sie zu Hause nichts werden verdienen können. „New York Sun" sagt, man solle jedenfalls die Strafe nicht so weit ausdehnen, daß auch die noch nicht geborenen Kinder darunter zu leiden haben werden. Die anderen konservativen Blätter vertreten die Ansicht, daß es unmöglich sein wird, durch den gegenwärtigen Vertrag die kommenden Generationen zu binden. Das unparteiische Blatt „Union" in Nord-Dakota bezeichnet die Bedingungen als eine Beschämung für die Demokratie.

Der Aufmarschplan gegen Deutschland fertig.

Die Entente hält es angesichts der energischen Protestkundgebungen für nötig, erneut auf die bevorstehenden militärischen Maßnahmen hinzuweisen, die bei Ablehnung der Friedensbedingungen sofort in die Wege geleitet werden sollen. Wie der „Chicago Tribune" aus Koblenz gedrahtet wird, gab der amerikanische Oberst Wainwright vom Stabe der dritten amerikanischen Armee in einer Militärkonferenz eine Uebersicht bezüglich der angefertigten Pläne für den Fall, daß die amerikanischen Truppen neuerdings intervenieren müssen. Er erklärte, daß eine amerikanische Division so aufgestellt werde, daß sie die Rheinbrücke von Remagen, eine andere die beiden Rheinbrücken von Koblenz überschreiten können. Auch die englischen und belgischen Truppen hätten bereits Vorbereitungen für den Fall eines Vormarsches gegen Deutschland im Falle des Nichtzustandekommens des Vorfriedens getroffen.

„Chikago Tribune" meldet, daß Marschall Foch vom Viererrat an den Rhein zurückgesandt wurde, um alle Vorbereitungen für einen weiteren Vormarsch im Falle der Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages zu treffen.

Seit einigen Tagen werden von Frankreich nach dem besetzten Deutschland fortgesetzt Züge mit Kanonen dirigiert. Auf einem Bahnhof des Hannegaus wurden in weniger als 12 Stunden zehn Konvois schwere Artillerie gezählt. Belgien hat fünf Jahresklassen wieder einberufen. 8000 Waggons mit Munition, die in Belgien liegen, dürfen noch immer nicht freigemacht werden, da die Heeresleitung der Entente ihre Einwilligung versagt.

Militärische Vorbereitungen auf deutscher Seite.

Wie die badische Presse von besonderer Seite aus Berlin erfährt, sind in den letzten Tagen die Grenzschutztruppen auf die doppelte Stärke des bisherigen Standes gebracht worden. Die Aufhebung des Großen Hauptquartiers in Kolberg ist vorläufig verschoben worden.

Laut Bekanntmachung des Kommandierenden Generals des 6. Armeekorps und des Staatskommissars für den Regierungsbezirk Oppeln wird der Oberste polnische Volksrat (Unterkommissariat für Schlesien) in Beuthen O.-S. auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen über den Belagerungszustand aufgelöst. Auf besondere Anfragen erklärt das Staatskommissariat, daß deutscherseits alle Vorkehrungen getroffen sind, um die Grenze zu halten. Es sind militärische Verstärkungen zum Teil bereits eingetroffen, zum Teil im Anrollen.

*

Intervention des Papstes.

Der Kölner Erzbischof Kardinal Hartmann hat den apostolischen Nuntius Pacelli in München ersucht, dem Papst unverzüglich darzulegen, daß die Deutschland vom Verbande auferlegten Friedensbedingungen dessen völligen Ruin und die grausame Vergewaltigung von 70 Millionen Deutschen bedeuten. Der Papst wird gebeten, Schritte zu tun, um das deutsche Volk vor dem drohenden Untergang zu bewahren.

*

Die Oesterreicher in St. Germain.

Die deutsch-österreichische Friedensdelegation ist am Mittwoch nachmittag in St. Germain angekommen. Ihr Empfang vollzog sich in ungefähr gleichen Formen, aber mit freundlicheren Worten als seinerzeit der der Deutschen in Versailles. Ihre Behandlung ist auch weniger streng, ebenso ihre Absperrung. Sie sind in den Villen und Besitzungen des Journalisten Theodor Reinach untergebracht und dürfen auch einen Teil der berühmten Terrasse mit dem schönen Blick auf Paris benutzen. Man glaubt im allgemeinen, daß sie bald unterzeichnen werden, noch vor den Deutschen.

Gegen die Zerstückelung.

Ostpreußische Abgeordnete beim Reichspräsidenten.

Reichspräsident Ebert empfing am Mittwoch eine Abordnung aus dem Nordosten Ostpreußens, der unter anderen die Oberbürgermeister Altenberg (Memel), Pohl (Tilsit), Stadtbaurat Kutschke (Königsberg), die Abgeordneten Borowski, Siehr und Matzies und andere Herren angehörten. Die Abordnung, die unter der Führung des Oberpräsidenten Batocki stand, legte dar, daß die in Frage kommende Bevölkerung bis zu 90 Prozent deutsch ist, daß sich auch die litauisch sprechende Bevölkerung völlig deutsch fühlt, und daß das Land durch mehr als 600jährige Zugehörigkeit, gemeinsame Kultur und wirtschaftliche Interessen mit Deutschland verbunden sei. Die Verwirklichung der Ententepläne würde auch für den verbleibenden Rest der Provinz Ostpreußen die völlige wirtschaftliche Erdrosselung bedeuten. Die Bevölkerung ist bis zum äußersten entschlossen, an ihrem deutschen Vaterlande festzuhalten.

Präsident Ebert drückte seine Freude über diese Gesinnung der ostpreußischen Bevölkerung aus und erklärte, daß die Regierung den Friedensbedingungen in der vorliegenden Fassung nicht zustimmen könne und werde. Es wird alles getan, um in Versailles zu Verhandlungen zu kommen und auch für das deutsche Volk das Selbstbestimmungsrecht zu erkämpfen. Die Reichsregierung werde den Volksgenossen im Osten Treue mit Treue vergelten.

*

In Thorn beteiligten sich ungezählte Tausende aller Bevölkerungsschichten an einer Massenkundgebung gegen den Gewaltfrieden und gegen die Losreißung der Ordensstadt Thorn und von Westpreußen auf dem alten Markt beim altehrwürdigen Rathaus. Nach gemeinsamen Gesängen wurden gleichzeitig an den vier Ecken des Rathauses Protestansprachen gehalten und sodann darauf Protesttelegramme abgesandt. Dann ordnete man sich zu feierlichen Zügen nach den Kirchen, wo Bittgottesdienste abgehalten wurden. Die Polenbevölkerung verhielt sich passiv, weil ihre Presse aufgefordert hatte, in den Wohnungen zu bleiben, um die erregte deutsche Bevölkerung nicht zu reizen.

Der Treuschwur Bayerns zum Reich.

Der bayerische Landtag trat am Donnerstag zu einer kurzen Sitzung im Bamberger Kaisersaal zusammen, um namens des bayerischen Volkes den Schmachfrieden in unzweideutiger Weise abzulehnen. Ministerpräsident Hoffmann protestierte gegen die Besetzung der Pfalz. Ein vielfältiges Echo fand der Treuschwur zum Reiche und die Feststellung, daß Bayern niemals einen Sonderfrieden eingehen werde. Namens aller Parteien des Landtages von rechts bis einschließlich der Unabhängigen verlas der Landtagspräsident Schmidt eine Entschließung, in die Friedensbedingungen in der jetzigen Form als der wirtschaftliche und politische Tod Deutschlands bezeichnet werden, und die bayerische Volksvertretung sich mit Entrüstung gegen die Abtrennung kerndeutscher Gebietsteile im Osten und Westen wendet. Die Entschließung wurde einstimmig durch Handaufheben angenommen.

Protestversammlungen im besetzten Gebiet nicht gestattet.

Die von den verschiedenen politischen Parteien für die nächsten Tage geplanten Protestversammlungen gegen die Friedensvorschläge sind, wie aus dem besetzten Rheinland gemeldet wird, von den Militärbefehlshabern durchweg verboten worden, auch in der amerikanischen Zone. Dagegen werden aus der englischen Zone derartige Verbote bisher nicht gemeldet. — Die in Heidelberg versammelten Rheinpfälzer bekannten sich in einer Kundgebung zum Deutschtum und erhoben flammenden Protest gegen die geplante Loslösung echt deutscher Teile der Pfalz und deren Auslieferung an Frankreich. — Die englische Zensur in Köln und dem von englischen Truppen besetzten Rheingebiet ist so streng, daß die Zeitungen die Friedensbedingungen nicht einmal im Auszug bringen durften.

Massenkundgebungen im Reiche.

Die Protestkundgebungen im Reiche lassen nicht nach. In zahllosen Städten vereinen sich alle Stände der Bürgerschaft zu Massenkundgebungen, an denen sich Hunderttausende von Menschen beiderlei Geschlechts beteiligen. Im Hamburg veranstalteten die Parteien mächtige Demonstrationszüge und Kundgebungen auf der Moorwiese, wo Redner aller Parteirichtungen der Erregung der Bürgerschaft Ausdruck verliehen. Aehnliche Meldungen laufen ein aus Darmstadt, Görlitz und vielen anderen Orten. Am Mittwoch fanden in allen größeren Plätzen des Oberschlesischen Industriebezirkes mächtige Demonstrationsversammlungen statt, die in ihrer Wucht und Geschlossenheit ein Bild von der Erregung der Massen gaben über diesen Gewaltfrieden im allgemeinen, über die Loslösung Oberschlesiens im besonderen. Nach Schätzung werden die Teilnehmer an der Demonstrationsversammlung in Ratibor auf über 25 000 Personen, in Kattowitz über 35 000 Personen, in Beuthen und Gleiwitz in annähernd derselben Stärke, in Pietschen und Kosel über 10 000 angegeben.

Schriften ist es vollkommen gleichgültig, ob sie uns betrügen wollen oder ob sie selbst irre gehen. Wir aber wollen nicht irregehen, sondern mit offenen Augen den Weg zum Ziele finden.

Und auf diesem Wege zum Ziele liegt noch eine andere Frage: die Neuordnung des Bodenbesitzes. Auch die Bodenfrage ist mit Freigeld restlos lösbar. Die Ausbeutung der Arbeitenden durch die Besitzenden geschieht durch 2 Mittel: Kapitalzins und Grundrente. Die Bodenreformer sehen nur die letztere und nicht einmal da getrauen sie sich fest zuzupacken. Sie ahnen offenbar, wenn auch wohl die wenigsten unter ihnen es klar erkennen, daß die Bodenfrage nur gemeinsam mit der Zinsfrage grundsätzlich lösbar ist. Aber die Heiligkeit des Zinses anzutasten wagen sie nicht.

Gesell macht ganze Arbeit. Seine Lösung der Bodenfrage kann aber nicht so kurz dargestellt werden, wie die Freigeldlehre. Ich verweise auf das grundlegende Werk Gesells: „Die natürliche Wirtschaftsordnung", deren 1. Teil „Freiland" für 70 Pfg. einzeln käuflich ist. Gesell zu lesen, ist zwar nicht jedermanns Sache. Er spricht weder die Sprache Kanaans, noch die Sprache der Wissenschaft. In streng exakt wissenschaftliche Form ist die Gesell'sche Lehre übersetzt worden durch die Arbeiten von Dr. Christen in den Annalen (Jahrbüchern) des Deutschen Reiches und von drei Denkschriften an das schweizerische Finanzdepartement. Wie viele sittliche Fragen mit der Zins- und Bodenfrage zusammenhängen, weiß jedermann. Außerordentlich klar unterrichtet über diese Zusammenhänge das Werk von Dr. med. Christen: „Die menschliche Fortpflanzung, ihre Gesundung und Veredelung". (München, Reinhardt, 1918 Preis 6,35 ℳ).

Das sittliche Zinsproblem behandelt Silas in einer kleinen Schrift: „Die Ethik des Zinses" in ähnlichem Sinne wie der oben genannte Aufsatz von Christen. Eine belangreiche geschichtliche Studie ist der kurze Aufsatz von Barnabas: „Josef, Salomo und unsere Kriegsfinanzen."

Wie sehr die Zinsfrage gegenwärtig das menschliche Denken beschäftigt, beweisen die zahlreichen Neuerscheinungen über diesen Gegenstand. Ich erwähne 2 Broschüren, die nicht aus dem Anhängerkreise Gesells erschienen sind, eine von Arthur Zweiniger: „Der Zins muß sterben." (Verlag der Dyk'schen Buchhandlung in Leipzig) und Hans Paasch: „Der Zinsablaß".

Während bei uns in Deutschland Gesell noch ziemlich unbekannt ist, hat er in der Schweiz schon beträchtlichen Anhang gewonnen. Im Jahre 1915 haben 5 seiner Freunde dort den Schweizer Freiland-Freigeld-Bund gegründet. Heute schon beginnt er eine Macht zu werden. Die Forderung der unbedingten Währung ist neuerdings von dem Verbande der Schweizer Festbesoldeten (50 000 Mitglieder!) in seine Satzungen aufgenommen worden.

Die Bewegung wird sich natürlich nur dann durchsetzen, wenn die Forderungen Gesells praktisch durchführbar sind. Diese Zeilen haben nur den Zweck, auf Gesell aufmerksam zu machen und Männer der Praxis aufzufordern, nach dem Studium seiner Schriften sich vorurteilsfrei über die Durchführbarkeit zu äußern.

Ernst genug sind die Zeiten, um diese Fragen zu erwägen. Aus unserer furchtbaren Schuldenlast kommen wir nur dank großer Maßnahmen. Auch ist völlige Unparteilichkeit und Unvoreingenommenheit Pflicht; denn heute steht alles auf dem Spiele, die Existenz unseres Landes und Volkes. Man sei nicht zu schnell mit der Anwendung des Wortes „unmöglich"! Man denke an das Wort Carlyles: „Jedes edle Werk war im Anfang „unmöglich".

Ein Rätsel.

Tausende und Abertausende weiblicher Kräfte sind durch das Ende des Krieges frei geworden. Hunderttausende von Jungfrauen werden, da Hunderttausende von Jünglingen in fremder Erde ruhen, auf den Ehestand verzichten müssen. Warum suchen diese auf recht öden Plätzen in dieser unruhigen Zeit ihre Arbeit, wo die schönste Eigenschaft des deutschen christlichen Weibes, die Mütterlichkeit, brach liegen muß. Warum bleiben gerade auch die Töchter mit Lyzeumsbildung dem Diakonissenberuf fern. Gewiß, die Töchter des Volkes sind uns willkommen. Aber für diejenige, die eine gründliche Schulbildung mitbringt, ist doch der Weg in unserm Beruf in mancher Beziehung abgekürzt. Sie kann von vornherein ihre ganze Kraft auf die besonderen Kenntnisse sammeln, die das Diakonissenhaus in den verschiedenen Zweigen der Gemeinde- und Inneren Missionsarbeit darzubieten hat. Die Jugendpflegerin, die Fürsorgeschwester u. a. brauchen eine sehr gründliche Fachausbildung. Ihr lieben evangelischen Jungfrauen und besonders ihr Töchter aus gebildeten Ständen, helft uns das Rätsel lösen! Es ist ja möglich, daß Bedenken vorliegen, die sich bei näherer Betrachtung als unbegründete Vorurteile herausstellen. Dann wäre es doch gut, wenn man solche Bedenken einmal deutlich aussprächen. Als die beste Lösung erscheint mir allerdings die fröhliche Bitte um Sendung unserer Aufnahmebedingungen. Ich bin gewiß, daß jede, die in den Diakonissenberuf mit einem echten Herzen hineingeht, das Bekenntnis wiederholen wird, das schon so manche Schwester unseres Hauses mit den Worten ausgedrückt hat: „Je länger, desto lieber!" Wilm-Witten.

— **Vermißten-Nachforschung.** Zur weitgehendsten Nachforschung nach dem Verbleib vermißter oder verschollener ehemaliger Kriegsteilnehmer wird demnächst durch kostenlose öffentliche Auslegung an viel vom Publikum besuchten Stätten, wie Bahnhofswirtschaften, Banken, Cafees, Lesehallen, Restaurants, Vereinen, Wartezimmern usw. ein „Kriegs-Vermißten-Suchblatt" über ganz Deutschland verbreitet werden. — Diesbezügliche nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des „Kriegs-Vermißten-Suchblatt". — Berlin S. W. 48, Friedrichstr. 248.

** **Bad Ems für deutsche Badegäste gesperrt.** Der Kommandant der französischen Besatzungsarmee, General Mangin, hat bestimmt, daß Bad Ems für die Badegäste aus den alliierten und neutralen Ländern sowie aus den besetzten Gebieten reserviert bleibe. Die Einreise von Bewohnern aus dem unbesetzten Deutschland ist verboten. — Weiter ordnete General Mangin an, daß künftig ein Besuch der Frankfurter Schulen durch Schüler des besetzten Gebiets nicht mehr erfolgen darf. Es werde den Schülern anheimgestellt, die Schulen in Wiesbaden oder Mainz zu besuchen. — In den Höchster Farbwerken geht der Diebstahl von geistigem Eigentum durch die französische Spionage im großen weiter. Die Zahl der französischen Chemieoffiziere hat sich von anfänglich 4 auf 17 erhöht.

Kleine Nachrichten.

* Hofstiftspropst Dr. Joseph Ritter v. Hecher, der Seelsorger des alten Prinzregenten, ist, 73 Jahre alt, in München gestorben.

* Die Deutsch-Amerikaner beginnen mit der Sendung von Lebensmitteln an ihre in Deutschland wohnenden Freunde. Der erste Dampfer wird am 5. Juni abfahren.

Der Empörungsschrei des Reichsstädtebundes.

Im Namen von 940 deutschen Städten mit vielen Millionen deutscher Staatsbürger erhebt der Reichsstädtebund in einem Telegramm an den Reichspräsidenten Protest gegen die vernichtenden Friedensbedingungen der Feinde. 259 Städte mit 2 367 000 Einwohnern und unser Gut und Habe sollen rachsüchtigen Feinden geopfert, wir selbst entehrt, entrechtet und geknechtet werden.

Der Fall Liebknecht.

Der Urteilsspruch im Prozeß Liebknecht-Luxemburg.

Das Verfahren gegen die des Mordes an Liebknecht und Rosa Luxemburg angeklagten Offiziere und Mannschaften ist nunmehr zum Abschluß gekommen. Die ungemein schweren Strafen, die der Anklagevertreter in seinen Anträgen forderte, haben großes Befremden erregt. Durch die Beweisaufnahme wurde jedoch festgestellt, daß die Panne des Autos, in dem Liebknecht fortgeführt wurde, nicht künstlich gemacht war; damit war der Hauptverdachtsgrund gegen die begleitenden Offiziere entfallen. Ebensowenig hat sich das Gericht davon überzeugen können, daß Oberleutnant Kurt Vogel jenen Schuß auf die noch lebende oder schon tote Rosa Luxemburg abgegeben hat.

Das Gericht hielt es als erwiesen, daß Liebknecht im Tiergarten noch in der Lage war, einen Fluchtversuch zu unternehmen, und nahm an, daß die Offiziere sich berechtigt glaubten, die Schußwaffe zu gebrauchen. Auch hielt es das Gericht nicht für erwiesen, daß Oberleutnant Vogel auf Frau Luxemburg geschossen habe, allerdings hielt es ihn verschiedener Verfehlungen, u.a. erschwerten Wachverbrechens im Felde in Tateinheit mit Begünstigung in Ausübung des Dienstes, wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt und Beiseiteschaffung einer Leiche für schuldig.

Das Urteil.

Nach viereinhalbstündiger Beratung verkündete der Vorsitzende des Kriegsgerichts Mittwoch abend 10 Uhr das Urteil. Es wurden verurteilt:

1. Husar Runge wegen Wachtvergehens im Felde, versuchten Totschlages in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung, unter Mißbrauch seiner Waffe in zwei Fällen, in einem Falle mit erschwertem Wachtverbrechen und Gebrauchmachung von falschen Urkunden zu zwei Jahren Gefängnis, 4 Jahren Ehrverlust und Entfernung aus dem Heere.

2. Leutn. Liepmann wegen Anmaßung einer Befehlsbefugnis in Verbindung mit Begünstigung zu 6 Wochen geschärften Stubenarrest.

3. Oberleutnant Vogel wegen erschwerten Wachtverbrechens im Felde in Tateinheit mit Begünstigung in Ausübung des Dienstes, wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt und Beiseiteschaffung einer Leiche und wissentlich falscher Dienstmeldung zu 2 Jahren und 4 Monaten Gefängnis und Dienstentlassung.

Ferner wird der Angeklagte Liepmann von der weiteren Anklage wegen gemeinschaftlichen Mordes freigesprochen. Angeklagter Vogel wird von der weiteren Anklage der Duldung strafbarer Handlung Untergebener, des erschwerten Wachtvergehens in einem zweiten Fall und des Mordes freigesprochen.

Die Angekl. Kapitänleutnant z. S. Horst von Pflugk-Harttung, Oberleutnant z. S. Ritgen, Leutn. z. See Stiege, Leutn. Schulze, Hauptmann Heinz von Pflugk-Harttung und Hauptmann Franz Weller werden von der Anklage des Mordes bezw. der Begünstigung freigesprochen.

Da eine Berufung gegen das militärgerichtliche Urteil nicht möglich ist, ist der Prozeß mit dem Wahrspruch des Gerichtes erledigt. Er bedarf nur noch der Bestätigung. Im allgemeinen steht das Recht der Bestätigung dem Gerichtsherrn zu. Nur wenn auf Todesstrafe erkannt wird oder ein Urteil ergeht, daß ein Offizier aus dem Heere ausgestoßen werden soll, mußte früher der Kontingentsherr — also der König von Preußen — die weiteren Bestimmungen treffen. Eine Entscheidung darüber, wer nun jetzt an Stelle des Kontingentsherrn das Bestätigungsrecht hat, ist bisher noch nicht gefallen, doch ist anzunehmen, daß die jetzigen Träger der Regierungsgewalt, also die preußische Staatsregierung, dieses ausüben werden.

Deutsches Reich.

— Die deutsch-demokratische Partei wird an den Hamburger Senat ein dringliches Auskunftsersuchen richten, welche Maßnahmen er gegen die Internationalisierung der Elbe durch den Friedensvertrag zu erreichen gedenkt.

:: **Eine Gewalttat.** Wie die „Daily Chronicle" aus Falmouth meldet, wurde am Donnerstag der Kapitän Riesemoetter, Kommandant eines deutschen Tauchbootes, an Bord des holländischen Dampfers „Frisia" verhaftet und in London in das Gefängnis gebracht. Kapitän Riesemoetter kommandierte gemeinsam mit Kapitän Reißer „U. 56" und versenkte viele Hospitalschiffe. Am 24. Mai 1918 lief das U-Boot, durch ein alliiertes Schiff schwer beschädigt, in den Hafen von Santander ein. Die „Verhaftung" eines deutschen Offiziers an Bord eines holländischen Schiffes ist unter allen Umständen ein schwerer Bruch des Völkerrechts, der um so unerhörter ist, als ihn auch keine Kriegsnotwendigkeit mehr entschuldigt.

:: **Die Volksabstimmung in Nordschleswig.** Die Abstimmung in Nordschleswig soll sich anscheinend unter den Mündungen der englischen Kanonen vollziehen. „Petit Journal" meldet, daß zum Schutze der Abstimmung in Nordschleswig die englische Flotte dort die Ordnung bewahren soll.

Der Rat der Vier beschäftigte sich mit der Aufrechterhaltung der Ordnung in Schleswig während der Räumung und Volksabstimmung. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Schleswig während der Volksabstimmung verlautet, daß wahrscheinlich eine gemischte Abteilung Franzosen, Briten und Amerikaner nach Flensburg geschickt werde sowie auch einige Kriegsschiffe. Weiter werden drei oder vier Bataillone über Schleswig verteilt werden.

:: **Gesetzlicher Schutz der Freiwilligenkorps.** Im Reichsjustizministerium ist eine Vorlage zum Schutze der Angehörigen der Freiwilligenkorps fertiggestellt worden, die sich gegen den Terrorismus der Radikalen richtet. Die Vorlage, die ja vom Reichswehrminister Noske schon angekündigt worden ist, besteht aus einem einzigen Paragraphen. Wer zum Boykott von Angehörigen der Freiwilligenverbände auffordert oder anreizt, wird mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft. Der Gesetzentwurf dürfte der Nationalversammlung, sobald es nur angeht, zur Beschlußfassung unterbreitet werden.

:: **Unterstaatssekretärwechsel im Eisenbahnministerium.** Der Unterstaatssekretär Franke vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten (Eisenbahn-Abteilung) tritt am 1. Juni d. J. von seinem Posten zurück und in den Ruhestand. Zu seinem Nachfolger ist der bisherige Eisenbahnpräsident in Straßburg i. E. Bodenstein ernannt, der früher in gleicher Eigenschaft in Königsberg i. Pr. tätig war.

:: **Drei neue Oberpräsidenten.** Das preußische Staatsministerium hat seine grundsätzliche Zustimmung dazu zu geben, daß das Zentrum einen parlamentarischen Unterstaatssekretär für das Ministerium des Innern stellt. Ueber den Abgeordneten, der dazu ernannt werden wird, steht noch nichts fest. Der frühere Zentrumsabgeordnete Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium, Geheimrat Dr. Würmeling ist zum Oberpräsidenten von Westfalen ernannt worden. Gleichzeitig beschloß das Ministerium, zum Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein den sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretär Kürbis, der das Amt bereits provisorisch bekleidet, zum Oberpräsidenten von Westpreußen den demokratischen Abgeordneten Bürgermeister Schnackenburg zu ernennen.

:: **Der Haushaltsausschuß der Preußischen Landesversammlung** trat bei der Beratung des Justizetats in eine längere Erörterung über Gefangenenfragen ein. Es lag eine Reihe von Anträgen vor. Schließlich einigten sich alle Parteien auf Anträge, die fordern, daß Gefangene nicht mehr zur Teilnahme an religiösen Handlungen gezwungen werden dürfen; die Gefängnisbibliotheken sollen verbessert und der Arbeitsverdienst der Gefangenen erhöht werden; den Angehörigen der Gefangenen soll die Versorgung der Gefangenen mit Lebensmitteln gestattet werden.

:: **Das bayerische Zentralwirtschaftsamt aufgelöst.** Das bayerische Zentralwirtschaftsamt, an dessen Spitze der bekannte, zur Zeit verschwundene Dr. Neurath stand, ist nunmehr von der Regierung aufgelöst worden. — Die „Abendzeitung" meldet aus Bamberg, die pfälzischen Abgeordneten seien ebenfalls dort eingetroffen. Die Zukunft der Pfalz stehe vor einer entscheidenden Wendung. Man erwäge bei den Pfälzern, die Pfalz als selbständige Republik auszurufen.

Rundschau im Auslande.

Polen: Beteiligung Polens an der deutschen Staatsschuld.

: Nach Pariser Meldungen wird sich Polen an der Bezahlung der Staatsschuld und namentlich Preußens für die an Polen abzutretenden Gebiete in einem entsprechenden Verhältnis beteiligen. Doch wird Polen von der Bezahlung der Anleihen, die für die Kolonisation in den polnischen Gebieten bestimmt waren, befreit werden. Polen wird Besitzer der Staatsgüter sowie des Privatbesitzes des deutschen Kaisers und der königlichen Familie werden. Der Wert dieses Vermögens wird von einer Schätzungskommission bestimmt und von der Entschädigungssumme in Abzug gebracht werden, die Deutschland zahlen muß. Die Domänen und Krongüter fallen kostenlos an Polen.

Schweiz: Gegen den Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz.

: Es ist sehr fraglich, ob Frankreich und Italien den Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz zustimmen, weil sie nicht gern sehen, daß das Deutschtum in der Schweiz eine Festigung erhält. Es werden Stimmen laut, daß Frankreich den Anschluß nur gestatten würde, wenn Frankreich der Kanton Neuchatel und Italien der Kanton Tessin abgetreten wird.

Böhmen: Die Zurücksetzung des Deutschtums durch die Tschechen.

: Die tschechische Gewaltherrschaft in Deutschböhmen ist auch darauf gerichtet, die deutsche Industrie und das deutsche Gewerbe zu ruinieren. In Reichenberg wurden bei Verteilung der Bestände der aufgelösten Baumwollzentrale, die fast ausschließlich von den deutschen Industriellen abgeliefert waren, für die deutschen Bezirke nur 41 000 Meter, für die tschechischen aber 370 000 Meter bestimmt. Aus den Beständen des ehemaligen Militärhäutedepots werden nur tschechische und solche Lederfabriken mit Fellen versorgt, die sich dem Zentralverband tschechoslowakischer Gewerbetreibenden angeschlossen haben. Deutschen Firmen wird aber jede Lieferung verweigert.

Letzte Nachrichten.

Die Verhandlungen in Versailles.

Die fieberhafte Arbeit der deutschen Delegation in Versailles beweist, daß die Delegation keineswegs geneigt ist, die Hoffnung auf Aenderung des Vertrages aufzugeben. Sieben Noten sind dem Rat der Vier bereits übersandt worden, von denen die siebente über die wirtschaftlichen Folgen des Vertrages von Dr. Melchior ausgearbeitet ist und nach Inhalt und Fassung ganz ausgezeichnet genannt werden muß. Eine achte Note über die Ostgrenzen dürfte fertiggestellt werden. In der Zusammensetzung der Delegation macht sich eine Aenderung bemerkbar. Täglich kommen immer mehr Diplomaten und Sachverständige an, während die führenden Politiker und ihre Mitarbeiter vorläufig nach Deutschland zurückgereist sind.

„Deutschland in vier Wochen bezwungen."

Angesichts der entschlossenen Haltung des deutschen Volkes gegenüber den ungeheuerlichen Friedensbedingungen hält es die Ententepresse für angebracht, immer wieder auf die militärische Uebermacht der Alliierten hinzuweisen. So meldet die „Morning Post" aus Paris: „Die Auffassung in Kreisen der Alliierten ist die, daß man einen tatsächlichen Widerstand Deutschlands in vier Wochen bezwungen haben wird. Die lückenlose Wiedereinführung der Blockade in Verbindung mit der restlosen Besetzung der deutschen Industriegebiete wird die Unterwerfung Deutschlands schnell vollenden. — Die „Times" drohen mit einer Verschärfung der Friedensbedingungen. Sollten die Deutschen etwa Widerstand versuchen, so ist der Friedensvertrag hinfällig und Deutschland muß, wie das Blatt ausführt, auf noch schwerere und härtere Bedingungen sich gefaßt machen. Man fährt in Paris fort, damit zu drohen, daß im Falle der Weigerung Deutschlands, die unmöglichen Friedensbedingungen anzunehmen, der Einmarsch in Deutschland nicht nur auf den Westen beschränkt werde.

Eine Riesenkundgebung auf dem Königsplatze in Berlin.

Donnerstag nachmittag fand vor dem Reichstagsgebäude eine vom Grenzmarkenschutzverein veranstaltete gewaltige Protestkundgebung gegen die Friedensbedingungen der Entente statt. Eine ungeheure Menschenmenge füllte den weiten Raum des Königsplatzes aus. Das eindrucksvolle Geläut aller Glocken Berlins gab das Zeichen, daß die Feier eröffnet war. Alsbald spielten fünf Musikkapellen zu gleicher Zeit vaterländische Weisen, denen alle Anwesenden andächtig zuhörten. Vertreter aller Parteien hielten Ansprachen, die alle in einem Gelöbnis unverbrüchlicher Treue für das Deutschtum ausklangen. Nach Annahme einer diesbezüglichen Entschließung begaben sich Abordnungen der einzelnen Grenzschutzvereine zur Reichskanzlei und dem Ministerium des Innern, wo sie durch Ministerpräsidenten Scheidemann und Reichspräsidenten Ebert empfangen wurden.

Die Regelung der Adriafrage.

Wilson, Clemenceau und Lloyd George [illegible] in der Adriafrage zu einem anderen Standpunkt gekommen zu sein, und zwar mit Rücksicht auf die überwiegend italienische Bevölkerung der Stadt Fiume; auch in bezug auf die Kolonialfrage scheint der Viererrat geneigt, Italien entgegenzukommen. Eine aus den Kolonialministern Englands, Frankreichs und Italiens zusammengesetzte Kommission soll die Abänderung der Fragen kolonialer Natur prüfen.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld.
Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld Schließfach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle Missionar Helenbrok, Bethel-Bielefeld Postscheckkonto 7882 Hannover.

Junges Mädchen,
gesund und kräftig, als Packerin und für das Reinhalten der Geschäftsräume gesucht.
Buchhandlung der Anstalt Bethel.

Fabrikant sucht für seinen kleinen Haushalt, 3 Personen, eine christlich gesinnte evangel.
Dame von 40—50 Jahren als Haushälterin,
welche mit allen Haus- und Gartenarbeiten vertraut ist und solche mit übernimmt Dienstmädchen vorhanden. Meldungen mit Gehaltsansprüchen sowie Zeugnisse oder Lebenslauf erbeten an die Geschäftsstelle d. Z. unter B. 1000.

Zerrissene Strümpfe,
Wolline, Baumwolline, Seiden, Flachs werden schnellstens repariert bei
W. Jungblut
Altstädter-Kirchstr. 20.

Der Christlich-nationale Verein e. V. Sitz Bielefeld
bezweckt die Förderung der Volksbildung und Volkswohlfahrt auf christlich-nationalem Grunde. Er möchte gern eine Sammelstelle der auf diesem Gebiete allerorts gemachten Erfahrungen sein, um dieselben weiteren arbeitswilligen Kreisen zugänglich machen zu können.
Nähere Auskunft erteilt **Emil Martwig**, Dozent an der Evangelisch-sozialen Schule in Bethel bei Bielefeld.

Der Eisenacher Bund
für kirchliche Evangelisation, Pflege christlicher Gemeinschaft und evangelischen Lebens
ruft alle, die mit Ernst Christen sein wollen, zur Mitarbeit auf. Wünsche um weitere Auskunft und Anmeldungen sind zu richten an Pastor D. **Jaeger** in Bethel b. Bielefeld.

Werbet für die Zeitung!

Spezialgeschäft Solinger Stahlwaren und Waffen
Heinr. Querl, Obernstrasse 39, Bielefeld.
Hohlschleiferei und Reparaturwerkstätte.

Beste und billigste Bezugsquelle sämtlicher **Rasier - Utensilien.**
Für jedes bei mir gekaufte Stück volle Garantie.

Zahnpraxis W. Heidbrede
Bielefeld, Grabenstraße 22.
Sprechstunden: Vorm. 9—1, nachm. 2—7 Uhr.

Alleinsteh. Person
findet bei guter Verpflegung freundliche
lebenslängliche Aufnahme
gegen einmalige Zahlung von 6000 Mk an.
Gustav Kraut, Runkelsteiner Mühle, Post Rod a. d. Weil, Taunus.

Fr. Werpel. Herford

Vorteilhafte Bezugsquelle sämtl. **Musik**instrumente aller Art, für Vereine, Orchester, Schulen usw.

Beilage zum „Aufwärts“ Nr. 114 Ausgabe B.

Aus Partei- und Standesbewegung.

— **Deutsch-nationale Volkspartei.** Der Landesverband Münster, Minden, beide Lippe, Grafschaft Schaumburg hält am Montag, den 19. Mai, in Bielefeld, Hotel Vereinshaus, Bahnhofstraße 39, einen Parteitag ab. Die Verhandlungen beginnen morgens um 10 Uhr. Die Abgeordneten des Bezirks werden Berichte geben aus den verschiedenen Parlamenten. Zutritt zu den Versammlungen haben die Delegierten und alle Parteimitglieder, welche im Besitz einer Zuhörerkarte sind. Letztere ist bei der Geschäftsstelle, Bahnhofstraße 39, und für Bethel-Gadderbaum bei dem Schriftführer der Ortsgruppe, Herrn Bungerott in der Arzneiversandstelle zu haben. Es wird zu den Versammlungen freundlichst eingeladen.

— **Eine Privatangestelltenversammlung,** die am 13. Mai im Bielefelder Konzerthaus stattfand, nahm nach Vorträgen des Herrn Borgardt und v. Mayenburg über Angestelltenfragen folgende Entschließung an:

„Die im Bielefelder Konzerthaus versammelten Privatangestellten Bielefelds richten an die Reichsregierung und Nationalversammlung die dringende Aufforderung, die gesetzliche Verankerung eines wirklichen Mitbestimmungsrechtes der Angestelltenausschüsse bei der Einstellung, Beförderung und Entlassung von Angestellten unverzüglich durchzuführen. Befriedigen kann die Angestellten nur eine Regelung, die im Sinne der Angestellten weit über das hinausgeht, was durch die Berliner Angestelltenstreiks tarifvertraglich festgelegt wurde. Die Demokratie, die nicht neben die politische, auch die wirtschaftliche Demokratie setzt, ist eine Scheindemokratie. Halbe Maßnahmen der Regierung und der Nationalversammlung können die Angestellten nicht befriedigen und würden zu weiteren Erschütterungen unseres kranken Wirtschaftskörpers führen.

Die Angestellten verlangen weiter den Aus- und Umbau der bestehenden angestelltenrechtlichen Zersplitterung zu einem einheitlichen Arbeitsrecht, erfüllt vom sozialen Geiste.

Sie fordern ferner Gefängnisstrafe (!!) für die Unternehmer oder deren Beauftragte, die sich böswillig über tarifliche Abmachungen hinwegsetzen oder sich ihren Pflichten aus den sozialpolitischen Schutzgesetzen entziehen. Bei schweren oder in Wiederholungsfällen soll den Unternehmern das Verfügungsrecht über die Betriebe entzogen werden.

Die bisherige gesetzgeberische Arbeit der Regierung, die sich z. B. in der Verordnung über die Arbeitszeit der Angestellten vom 18. März 1919 oder in der Verordnung über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vom 5. Februar 1919 ausprägt, trägt den berechtigten Wünschen der Angestellten keine Rechnung. An Stelle dieser Gesetzgebung muß eine Gesetzgebung treten, die die Wohlfahrt der Volksgenossen höher stellt, als die vermeintlichen Interessen der Sachwalter toter Werte.“

Volkswirtschaftliches.

h **Wochenbericht des Deutschen Landwirtschaftsrates.** Die Gebiete, die uns durch den „Wilsonfrieden“ im Osten entrissen werden sollen, sind für die Versorgung Deutschlands mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen von außerordentlicher Bedeutung. An der Produktion von Brotgetreide war Posen im Durchschnitt der Jahre 1910—14 mit 9,16 Proz., Westpreußen mit 5,5 Proz. und Ostpreußen mit 5,69 Proz. beteiligt. Bei Kartoffeln beträgt der Anteil Posens 9,9, Westpreußens 6,27 und der Ostpreußens 5,22 Prozent. Nimmt man den Regierungsbezirk Oppeln hinzu, auf den Polen gleichfalls Anspruch erhebt, so ergibt sich, daß nicht viel weniger als ein Viertel der deutschen Gesamtproduktion von Brotgetreide und Kartoffeln auf die von der feindlichen Annexion bedrohten Gebiete entfällt. Ihr Verlust würde Deutschland hinsichtlich seiner Volksernährung sonach in erheblich stärkerem Maße als bisher vom Auslande abhängig machen.

h **Berlin,** 14. Mai. (Börse.) Das allmählich durch die in Fluß kommenden schriftlichen Verhandlungen der Entscheidung näherrückende zukünftige Schicksal des Reiches legt den Geschäftskreisen um so mehr vorsichtige Zurückhaltung auf, als kein Anlaß vorliegt, optimistischen Regungen Raum zu geben. Größere Aufmerksamkeit beanspruchte wieder die Bewegung unserer heimischen Anleihen, die weiter nach unten gerichtet war, da die Verkäufe der Privatkundschaft andauerten.

Verschiedenes.

** **Französische Ritterlichkeit.** Aus mehreren Orten in dem von den Franzosen besetzten Brückenkopf Mainz gehen der „Frankf. Ztg.“ Mitteilungen zu, wonach das Benehmen der Besatzungstruppen in den letzten Tagen noch merklich schlechter geworden ist, als es bisher schon war. Besonders die farbigen Truppen scheinen sich in der Belästigung ehrbarer Frauen und Mädchen kaum mehr Schranken aufzuerlegen. Auch wird der „Frankfurter Zeitung“ aus Taunusdörfern gemeldet und von verschiedenen Seiten bestätigt, daß seit mehreren Tagen an den Bahnsteigsperren den Leuten Zigaretten und Zigarren aus dem Gesicht gerissen werden, ohne daß ein Verbot bekannt wäre. Wer sich im Geringsten gegen solche Brutalitäten auflehnt, wird zur Wache gebracht. Unsere bedauernswerte Bevölkerung im besetzten Gebiet lernt dadurch die französische Loyalität zur Genüge kennen.

** **Eisenbahnunfall.** Auf Bahnhof Eggerbeck in Schleswig-Holstein überfuhr ein Eilgüterzug das auf Halt stehende Einfahrtsignal und stieß mit einer Rangierabteilung zusammen. Getötet sind zwei Zugbeamte und ein Viehbegleiter; verletzt sind weitere drei Zugbeamte und ein Viehbegleiter.

** **Marschall Foch in Mainz.** Der Oberkommandierende der alliierten Streitkräfte General Foch traf am Dienstag abend in Mainz ein, wo er von General Mangin und den übrigen französischen Behörden empfangen wurde. Auf der Fahrt nach seiner Wohnung bildeten die Truppen Spalier. Abends fand Fackelzug und Feuerwerk statt. General Foch wird zwei Tage in Mainz bleiben, später Wiesbaden besuchen, wo ein feierlicher Einzug stattfinden wird, dann einen Ausflug nach dem Taunus unternehmen und später zu Schiff nach Koblenz fahren.

** **Der Kampf gegen den Bolschewismus in der Schweiz.** Wie die Blätter melden, hat die Unterschriftensammlung für die Bundesversammlungsinitiative gegen den Bolschewismus das gesetzliche Minimum von 50 000 Unterschriften stark überschritten. Das Volk verlangt energische Maßnahmen gegen den Bolschewismus in der Schweiz.

** **Gräfin Treuberg aus Berlin verwiesen.** Gräfin Treuberg, in Berliner politischen Kreisen eine seit Jahren sehr bekannte Dame von politischem Ehrgeiz, ist auf Grund der Bestimmungen des Belagerungszustandes vom Oberkommandierenden in den Marken aus Berlin ausgewiesen worden. Veranlassung war, daß die Gräfin, die politisch ganz weit links steht, einer Reihe von ausländischen, besonders englischen Journalisten in einem geradezu vaterlandsfeindlichen Sinne Informationen hat zukommen lassen, die aus den Kreisen der Unabhängigen und der Kommunisten stammten. Ein erheblicher Teil der falschen, das Deutsche Reich schädigenden Nachrichten der englischen, französischen und amerikanischen Presse über Deutschland stammten aus dem politischen Salon der Gräfin Treuberg. Der Befehl Noskes ist auf einen Beschluß des Reichskabinetts zurückzuführen. — Gräfin Treuberg ist schon einmal während des Krieges auf Befehl des Oberkommandos in einem kleinen märkischen Ort interniert worden.

** **Der wirkliche Schade in München.** Für die Stadt München beträgt der durch die Unruhen angerichtete Schade 2 Millionen, für Gewerbe und Industrie 140 Millionen, für Detailgeschäfte 50 Millionen, für Kleingewerbe 10 Millionen; der Häuserschade 2 bis 3 Millionen. Die Räterepublik hat für 10 Mill. Mark falsches Geld der bayerischen Staatsbank gedruckt. — Die Bayerischen Flugzeugwerke stellen ihren Betrieb wegen Geldmittelknappheit und Mangel an Aufträgen demnächst ein.

** **Die Willkür des Siegers.** Der Bonner Professor Ernst Litzmann ist vom britischen Kriegsgericht zu 2 Monaten Gefängnis bei sofortiger Verhaftung verurteilt worden. Er hatte im Paßamt auf dem Kölner Hauptbahnhof, ungeachtet einer dort aushängenden Anschrift und zweimaliger Aufforderung durch einen Offizier seinen Hut nicht abgenommen.

** **Die Räuber der Spandauer Zitadelle verhaftet.** Bei der Reichsbank in Bochum erschienen drei Personen, welche 700 000 Lei rumänisches Gold zum Wechseln vorlegten. Wie festgestellt wurde, handelt es sich um einen Teil der seinerzeit in Berlin gestohlenen zwei Millionen Lei rumänischen Goldes. Die drei Personen wurden verhaftet. — Der Millionendiebstahl in der Zitadelle in Spandau dürfte noch während der Januarunruhen, als sich die Kämpfe in Berlin nach Spandau fortpflanzten, erfolgt sein. Den Räubern fielen etwa 20 Millionen alte rumänische Lei in die Hände, die nach dem heutigen Kurswert etwa 30 Millionen Mark ausmachen.

** **Kein Generalstreik in Leipzig.** Zu dem vom Arbeiterrat für den Fall des Einrückens von Regierungstruppen proklamierten Generalstreik ist es nicht gekommen. Es streiken nur vereinzelte Betriebe, darunter allerdings ein Gaswerk, so daß ein Teil der Stadt ohne Gas ist; es sollen aber bereits 400 Techniker unterwegs sein, um alle technischen Betriebe leidlich aufrechtzuerhalten. — In Weimar haben die Unabhängigen unter Mitwirkung der Mehrheitssozialisten eine Abstimmung über den Generalstreik vorgenommen, bei der sich eine Mehrheit für den Generalstreik erklärt hat.

** **Großfeuer in den Münchener Krupp-Werken.** Durch Brandstiftung entstand in München ein Schadenfeuer auf den Kruppschen Geschützwerkstätten, die schon am 30. April und 1. Mai durch Artilleriefeuer gelitten hatten; der Brandschaden wird auf 150 000 bis 200 000 Mark geschätzt.

** **Besetzung von Kempten.** Unter Führung des Majors Hierl marschierte eine große Anzahl Regierungstruppen mit Maschinengewehren, Panzerautos und Geschützen in die Stadt Kempten ein und besetzten sie vollständig. Kempten galt als unsicherer Punkt, der von den Unabhängigen und Spartakisten beherrscht wurde. Fast der ganze Arbeiter- und Soldatenrat Kemptens, der aus revolutionären Elementen besteht, wurde verhaftet, darunter der in Bayern bekannte radikale Sozialistenführer Adolf Schmidt.

Kleine Nachrichten.

* Eine Versteigerung von 223 Heereskraftwagen in Hanau ergab die enorme Summe von rund 1 300000 M.

* In dem Betrieb der Exportbrauerei von Nutschmann in Rathenow wurden durch ein Großfeuer große Vorräte an Trockengemüse und der gesamte Malzvorrat der Brauerei zerstört. Der Schaden beläuft sich auf 1 Million Mark.

* Von der belgischen Armee befinden sich noch 210 000 Mann unter den Waffen. 115 000 Mann sind bereits demobilisiert.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Bielefeld, den 17. Mai 1919.

— **Neue Preise für Gas und Elektrizität.** Infolge der am 12. Mai von der Kohlenhandelsgesellschaft mitgeteilten Preiserhöhungen der Kohlen um 22 Mark die Tonne wird von heute ab der Berechnung des Strompreises ein Kohlenpreis frei Werk von 82 M anstatt bisher 60 M zu Grunde gelegt. Es erhöhen sich demnach die Preise für elektrisches Licht auf 75 Pfg., für Kleinkraft auf 45 Pfg. Für Großabnehmer gilt die bereits bekanntgegebene Kohlenklausel. Der Gaspreis erhöht sich auf 33 Pfg.

△ **Neue Reisebrotmarken.** Vom 16. Mai ab gelangen Reisebrotmarken neuen Musters zur Verwendung. Die bisherigen Reisebrotmarken bleiben daneben noch bis zum 30. Juni d. J. einschließlich in Geltung und werden bis zu diesem Tage gegen neue Marken umgetauscht. Ein Umtausch nach dem 30. Juni findet nur statt, wenn der Verbraucher durch einen Lebensmittelkartenabmeldeschein oder sonstigen Ausweis nachweist, daß er über den 30. Juni hinaus mit Reisebrotmarken statt mit örtlichen Brotmarken versehen ist. Vom 1. Juli ab gelten nur noch die Reisebrotmarken neuen Musters.

Der **„Westdeutsche Jünglingsbund“** hat Ende April in der Senne eine Zusammenkunft und Aussprache seiner Sekretäre und Vereinsleiter abgehalten, die allen Teilnehmern zur Stärkung diente und sie auf wichtige Gegenwartsaufgaben hinwies. Besonderes Gewicht wurde darauf gelegt, daß die „Knabenarbeit“ mehr noch als bisher getrieben, Knabenabteilungen eingerichtet und ein Knabenblatt herausgegeben würde. Es wurde auf die Frage der Heranziehung der Familie zum Vereinsinteresse mehr als bisher Nachdruck gelegt. Man suchte noch Wege zur Gewinnung einer oder mehrerer Ferienkolonien, wenn es möglich ist, sogar eines Erholungshauses für Vereinsmitglieder. Es wurden Pläne entworfen zur Sammlung der Kriegsteilnehmer der Vereine in den Soldatensektionen der Männerabteilungen, die sofort eine Tätigkeit in der Mitsorge für die Soldatenheime für unsere zurückkehrenden Kriegsgefangenen finden. — Durch Behandlung dieser dringlichen Fragen lieferte die Zusammenkunft in der Senne den Beweis, daß auch der Westdeutsche Jünglingsbund gewillt ist, die in ihm zusammengefaßten Kräfte zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes zur Verfügung zu stellen, wobei er als seine Hauptaufgabe nach wie vor „die Missionsarbeit an der Jugend und den Männern“ betrachtet.

— **Ärztlicher Ausschuß für Volksgesundheitspflege.** Die Mitwirkung an der Erhaltung und Förderung der Volksgesundheit, die durch die schweren Schäden des Weltkrieges und seine Folgen in bedrohlicher Weise gelitten hat, wird in Zukunft eine der wichtigsten Aufgaben sein. Die Ärzte Kreisarzt Dr. Gundlach, Sanitätsrat Dr. Liebe, Dr. Plath, Sanitätsrat Dr. Sunkel und Dr. Wichern haben sich daher zu einem ärztlichen Arbeits-Ausschuß für Volksgesundheitspflege zusammengefunden, um in allen Fragen der Volksgesundheit aufklärend, anregend und beratend tätig zu sein, wobei sie die Mithilfe ihrer Berufsgenossen voraussetzen. Die genannten Ärzte bitten, bei allen Gelegenheiten, welche die Fragen der Volksgesundheit betreffen, Anfragen, sowie Aufforderungen zu aufklärenden Vorträgen oder zu Besprechungen im kleineren Kreise an den „Ärztlichen Arbeitsausschuß für Volksgesundheitspflege“, z. H. des Herrn Dr. med. Heinrich Wichern, Siekerwall 7, zu richten.

(:) **Brockhagen,** 14. Mai. Am Sonntag fand im Saale des Herrn Jul. Bille eine Begrüßungsfeier für die aus unserer Gemeinde heimgekehrten Krieger statt. Über 200 Kriegsteilnehmer hatten sich eingefunden. Der Vorsitzende des Krieger-Vereins, Herr Richard, hieß die Erschienenen herzlich willkommen. Sodann hielt Herr Pastor Kley eine der heutigen Zeit entsprechende Ansprache. Seine zu Herzen gehenden Worte wurden begeistert aufgenommen. Herr Lehrer Brinkmann aus Gadderbaum unterhielt die Anwesenden durch seine plattdeutschen Vorträge. Die Sammlung in der Gemeinde für die Feier hatte eine namhafte Summe ergeben, von der bisher nur ein Teil verbraucht worden ist. Für die Verwendung des weiteren Geldes wird noch Beschluß gefaßt.

□ **Gütersloh.** (Allgemeine Protestversammlung.) Wie uns mitgeteilt wird, hat der Vorstand der Deutsch-nationalen Volkspartei hier einstimmig beschlossen, an die anderen 4 Parteien heranzutreten, um sie zu einer gemeinsamen großen Kundgebung gegen den Mordfrieden, unter den man uns zwingen will, zu veranlassen. Es soll eine Versammlung der ganzen Gütersloher Bürgerschaft am Sonntag nachmittag auf dem Marktplatz vorgeschlagen werden. Hoffentlich findet diese Anregung innerhalb der Parteien und darüber hinaus allseitige Zustimmung. Das „Unannehmbar“, das die Regierung in der ersten Berliner Sitzung der Nationalversammlung verkündet hat, muß in allen deutschen Gauen zu einer allgemeinen Volksforderung werden, es muß auch bei uns in Gütersloh ein gewaltiges Echo finden! Es gilt auch heute wieder: Einigkeit macht stark!

+ **Herford.** (Zucker.) Nach Mitteilung des Reichsernährungsamtes ist die Zuckerversorgung so außerordentlich schlecht, daß Einmachezucker in diesem Jahre nicht ausgeteilt werden kann. Der nächste Mundzucker wird am 25. Mai ausgeteilt, und zwar auf den Kopf ein Pfund.

Anordnung

über die Führung von Viehkatastern.

Auf Grund der Verordnungen des Bundesrats über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung und der Verordnung über Fleischversorgung, sowie der Anordnungen der Landeszentralbehörden, betreffend die Errichtung eines Landesfleischamts und von Provinzial- (Bezirks-) Fleischstellen bestimmen wir für den Umfang der Provinz Westfalen folgendes:

§ 1.

In jedem Kommunalverband ist von diesem selbst oder von einer von dem Leiter des Kommunalverbandes zu bestimmenden Stelle ein Viehkataster zu führen, das jederzeit über den jeweiligen Bestand an Rindvieh, Schafen und Schweinen Auskunft geben muß. Die nähere Ausgestaltung bleibt den Kommunalverbänden überlassen.

§ 2.

Jeder Besitzer von Rindvieh, Schafen oder Schweinen oder sein Vertreter oder Beauftragter hat jeden Zugang oder Abgang an Vieh der genannten Arten der das Viehkataster führenden Stelle schriftlich oder persönlich — nicht durch Fernsprecher — binnen 3 Tagen anzumelden.

§ 3.

Der Leiter des Kommunalverbandes kann einen Vordruck für die Anmeldung vorschreiben. Er kann ferner bestimmen, daß die das Kataster führende Stelle jede Meldung eines Zu- oder Abganges schriftlich bestätigt, und daß der Viehbesitzer oder dessen Vertreter oder Beauftragter diese Bestätigung eine bestimmte Zeit, mindestens 3 Monate aufzubewahren und auf Erfordern allen mit der Überwachung der Bewirtschaftung des Viehs oder des Fleisches betrauten Personen vorzuzeigen hat.

§ 4.

Zuwiderhandlungen gegen § 2 oder gegen die auf Grund des § 3 erlassenen Anordnungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft.

§ 5.

Diese Anordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in den Regierungsamtsblättern der Provinz Westfalen in Kraft.

Münster, den 1. März 1919.

Provinzialfleischstelle.

Graf v. Meerveldt, Regierungspräsident.

Zu vorstehender Anordnung der Provinzialfleischstelle bestimmen wir folgendes:

1. Die im § 2 bestimmten Meldungen sind für den **Stadtkreis im Rathaus, Zimmer 54,** bis zum 17. 5. 1919 einschließlich zu machen. Entsprechende Formulare sind an derselben Stelle zu haben.

2. Jedes neugeborene Tier ist innerhalb einer Frist von 3 Tagen anzumelden.

Bei der Anmeldung sind trächtige Tiere besonders anzugeben. Die Anmeldung ist in allen Fällen ohne Rücksicht darauf erforderlich, ob die Tiere bereits zur Viehzählung angemeldet sind.

Zu den vorbezeichneten Meldungen sind auch die Besitzer von Haushaltungsschweinen (auch von Ferkeln und Läuferschweinen ohne Rücksicht auf Alter und Gewicht) verpflichtet.

3. Wenn bei den Revisionen festgestellt wird, daß Tiere nicht angemeldet sind, so kann deren Beschlagnahme erfolgen.

4. Jeder Viehhalter darf Rinder, Kälber, Schafe, Schweine zu Zucht- und Nutzzwecken nur an solche Personen verkaufen oder abgeben, die ihm persönlich genau bekannt sind oder die sich über ihre Person vollständig ausweisen können.

Ein Verkauf oder eine Abgabe von Vieh an unbekannte unausgewiesene Personen ist verboten.

5. Jeder Viehhalter ist verpflichtet, den Beauftragten der Provinzialfleischstelle und des Kommunalverbandes jederzeit auf Erfordern alle Veränderungen in seinem Viehbestande nachzuweisen und zwar:

a) bei Vieh, das zur Schlachtung abgegeben ist, durch Vorlage des Kaufscheines,

b) bei Vieh, das zu Zucht- und Nutzzwecken abgegeben ist, durch Vorlage der Veräußerungsgenehmigung oder der Ausfuhrerlaubnis,

c) bei Tieren, die hausgeschlachtet sind, durch Vorlage der Schlachtungserlaubnis,

d) bei Tieren, die notgeschlachtet sind, durch Vorlage der Bescheinigung über Ablieferung des Fleisches an den Kommunalverband oder über die sonstige Verwertung des Tieres,

e) bei verendeten Tieren durch Vorlage einer Bescheinigung des Abdeckers über Ablieferung des Kadavers oder des Gemeindevorstehers über die Beseitigung des Kadavers,

f) bei gestohlenen oder abhanden gekommenen Tieren durch Vorlage eines Nachweises über erstattete Strafanzeige.

Jeder Viehhalter ist verpflichtet, den mit der Überwachung der Viehbestände und Aufbringung des Schlachtviehs Beauftragten des Kommunalverbandes und der Provinzialfleischstelle, die sich als solche ausweisen, den Zutritt zu den Räumen und Orten, in denen sich das Vieh befindet, zu gestatten, an der Besichtigung teilzunehmen und jede verlangte Auskunft über seinen Viehbestand wahrheitsgemäß zu erteilen.

Bielefeld, den 13. Mai 1919.

Der Magistrat.

Anläßlich des Landesparteitages der

Deutsch-nationalen Volkspartei

veranstaltet der

Deutsch-nationale Volksverein Bielefeld

am Montag, den 19. Mai 1919,

abends **8 Uhr** im großen Saale des **Vereinshauses,** Bahnhofstr., eine

Oeffentliche Versammlung

mit nationalen Kundgebungen. — Es sprechen die Abgeordneten:

Wallbaum, Berlin, **Pastor Koch,** Oeynhausen, Landger.-Präs. **Preuß,** Detmold, **Pastor Heitkämper,** Bückeburg und andere mehr. Außerdem vom Frauenausschuß **Frl. Pape,** Bielefeld.

Alle deutsch und national gesinnten Männer und Frauen sind herzlich eingeladen.

Der Vorstand.



W. Taubert
Bielefeld, Altstädterkirchstr. 4.
Stahlwaren-Spezialgeschäft
Schleiferei und Reparaturwerkstatt



Die Uhr der Zukunft

ist die Leuchtuhr, weil sie auch nachts die Zeit bequem erkennen lässt. Jede Uhr kann nachträglich in meiner Werkstatt mit Leuchtausstattung versehen werden.

Fritz Böckelmann Ww.
Am Markt 5. Bielefeld. Telefon 711.

Konditorei u. Café-Restaurant

„Jägerhof"
Goldstrasse 12.

Täglich Unterhaltungsabend. Freikonzert.

Carbolineum
braun
— — **Friedensware** — —
liefert billigst
Heinrich E. Schmeck,
Duisburg-Ruhrort 32.

Jeden Posten
Spargel
zum Marktpreis abzugeben.
Friedr. Engelmann,
Großlandschaftsgärtnerei,
Braunschweig,
Echternstraße 48, Abtstraße 91.
Blumengeschäft Brabantstraße 3.
Tel. 1160.

Hautleiden:
Krätze, Hautjucken, Ausschläge, Geschwüre, Beinleiden, Hämorrhoiden
innere Krankheiten
einschl. **Nervenleiden,** behandelt in langjähr. erfolgreicher Praxis
W. Hermann, Bielefeld,
Hagenbruchstrasse 10,
am Klosterplatz.
Täglich von 8—11 und 2—6.
Sonntags von 8—11 Uhr.

Leibbinden



wieder eingetroffen.
Ohne Bezugschein zu erhalten.
Arn. Festerling, Bielefeld, Viktoriastr. 6.

Der Deutsche Guttempler-Orden (I O G D)

verbindet alle Stände auf dem Boden christlicher Bruderliebe, um unser Volk emporwärts zu führen. Er bekämpft den schädlichen Einfluß geistiger Getränke und beteiligt sich an allen Bestrebungen zur Hebung unseres Volkes. Jede gewünschte Auskunft erteilt:

Missionar J. Ostermeyer, Bethel bei Bielefeld.

Uhren u. Goldwaren

Trauringe in reizender Verpackung

empfiehlt in größter Auswahl bei streng reeller fachmännischer Bedienung zu äußerst billigen Preisen mit langjähriger Garantie

Wilh. Kremeyer, Herford, Radewigerstraße 18, n. d. Ev. Vereinshaus.
Uhrmacher und Goldschmied.

Reparaturen in eig. Werkstatt. Solide Ausführung. Mäßige Preise.

Aelterer noch arbeitsfreudiger Missionar wünscht in den Monaten Juni und Juli einen kur- oder erholungsbedürftigen Landpfarrer für 4 bis 6 Wochen zu vertreten.

Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des „Aufwärts".

Kirchl. Nachrichten.

Bielefeld.

Sonntag Kantate, 18. Mai 1919.

Kollekte für das Diakonissenhaus Kaiserswerth.

Altstädter Kirche. Vorm. 8 Uhr Superintend. Lappe, 10 Uhr P. Traulermann, 11½ Uhr Kindergottesdienst.

Neustädter Kirche. Vorm. 8 Uhr P. Koopmann. Vorm. 10 Uhr P. Michaelis. Vorm. 11¾ Uhr Kindergottesdienst.

Reformierte Kirche. Vorm. 10 Uhr P. Conrad, 11½ Uhr Kindergottesdienst. Donnerstag 8½ Uhr Vorbereitung zum Kindergottesdienst.

Pauls-Kirche. Vormittags 8 Uhr P. Hackländer, 10 Uhr P. Kähler, ½12 Uhr Kindergottesdienst.

Martini-Kirche. Vorm. 10 Uhr P. Usener. Vorm. 11½ Uhr Kindergottesdienst. Mittwoch abend 8½ Uhr Gemeindebibelstunde, P. Usener.

Johannis-Kirche. Vormittags 8 Uhr P. Knolle, 10 Uhr P. Hammerschmidt, 11½ Uhr Kindergottesdienst. Mittwoch abend 8½ Uhr Bibelstunde mit Besprechung im Gemeindehaus.

Petri-Kirche. Sonntag vorm. 10 Uhr Gottesdienst, P. Kortmann. 2 Uhr Taufen.

Jakobus-Gemeinde. 10 Uhr Pastor Waubke, 11½ Uhr Kindergottesdienst, 3¾ Uhr Taufen.

Zionsgemeinde. Sonnabend abend 7 Uhr: Beichte, P. Johannsen. Sonntag vorm. 8½ Uhr: P. Jaeger. 9 Uhr: P. Isleib. Anschließend Feier des hl. Abendmahls. 10 Uhr P. Wolf. Nachm. 1½ Uhr: Kindergottesdienst. Abends 7 Uhr: Missionar Ostermeyer. — Donnerstag, 22. Mai, abds. 7 Uhr: P. Isleib.

Landeskirchl. Gemeinschaft. Herforderstr. 31 (Hinterhaus). Jeden Sonntag abend 8 Uhr: Evangelisation. Jeden Sonnt. nachm. 2 Uhr: Sonntagsschule. Jeden Donnerstag abend 8 Uhr: Bibelstunde.

W. Wolk.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld.

Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld Schließfach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle Missionar Heiendrof, Bethel-Bielefeld, Postscheckkonto 7883 Hannover.